



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 7. NOVEMBER 2002

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident der EZB und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Wir haben die **monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen** analysiert und unsere Einschätzung anhand der verfügbaren Informationen aktualisiert. Vor dem Hintergrund der großen Unsicherheit im Hinblick auf das zukünftige Wachstum und den hieraus resultierenden Auswirkungen für die mittelfristige Inflationsentwicklung hat der EZB-Rat das Für und Wider einer Senkung der Leitzinsen der Europäischen Zentralbank intensiv erörtert. Es wurde entschieden, die Leitzinsen unverändert zu belassen. Der EZB-Rat wird jedoch die konjunkturellen Abwärtsrisiken für den Euroraum genau beobachten.

Was die Analyse im Rahmen der **ersten Säule** unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so belief sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von Juli bis September 2002 auf 7,1 % und blieb damit gegenüber dem vorherigen Dreimonatszeitraum unverändert. Die anhaltend kräftige Ausweitung der Geldmenge M3 ist mit Vorsicht zu interpretieren, da sie in den vergangenen Monaten stark unter dem Einfluss einer beträchtlichen Unsicherheit an den Finanzmärkten stand. Gleichzeitig führt das niedrige Niveau der kurzfristigen Zinsen weiterhin zu einer Stimulation der Nachfrage nach den liquidesten Anlageformen, die im eng gefassten Geldmengenaggregat M1 enthalten sind. Die Kreditvergabe an den privaten Sektor hat sich bei Zuwachsraten von gut 5 % stabilisiert. Dies entspricht in realer Betrachtung weitgehend dem langfristigen Durchschnitt. Unter Berücksichtigung sämtlicher Indikatoren im Rahmen der ersten Säule ist auf mittlere Sicht mehr Liquidität vorhanden, als zur Finanzierung eines nachhaltigen, inflationsfreien Wachstums erforderlich wäre. Unter den gegenwärtigen

gesamtwirtschaftlichen Bedingungen sehen wir allerdings keine Gefahr, dass dies in absehbarer Zukunft zu Inflationsdruck führt.

Was die **zweite Säule** betrifft, so deuten die jüngsten kurzfristigen Konjunkturindikatoren und Umfrageergebnisse darauf hin, dass das reale BIP im Euroraum im dritten Quartal des laufenden Jahres weiterhin nur mäßig gewachsen ist. Dies steht im Gegensatz zu früheren Erwartungen, die von einem stärkeren Aufschwung im Jahresverlauf 2002 ausgingen. In der zögerlichen wirtschaftlichen Belebung und dem derzeit gedämpften Vertrauen spiegelt sich offenbar die ausgeprägte Unsicherheit wider, die sich über die letzten Monate aufgebaut hat und mit den geopolitischen Spannungen sowie der Entwicklung der Ölpreise und der Aktienmärkte in Zusammenhang steht.

Das Hauptszenario für das Euro-Währungsgebiet bleibt allerdings vorerst darin bestehen, dass das Wirtschaftswachstum im Verlauf des kommenden Jahres auf ein Niveau zurückkehrt, das in etwa dem Potenzialwachstum entspricht. Darauf deuten alle Prognosen internationaler Organisationen hin, und auch private Prognoseinstitute scheinen diese Einschätzung weitestgehend zu teilen. Darüber hinaus waren an den Finanzmärkten in den vergangenen Wochen nach einer Phase beträchtlicher Turbulenzen Zeichen einer Stabilisierung erkennbar. Die Erwartung eines konjunkturellen Aufschwungs im Euroraum hängt maßgeblich von der Erholung des privaten Konsums, begünstigt durch den Rückgang der tatsächlichen wie auch der „gefühlten“ Inflation, ab. Diese Einschätzung beruht auch auf der prognostizierten allmählichen Erholung der Weltwirtschaft und des Exportwachstums; diese beiden Faktoren und das niedrige Zinsniveau dürften zu einer Stärkung der Investitionen beitragen.

Allerdings ist dieses Szenario nach wie vor mit großer Unsicherheit behaftet. Es ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr schwierig, den Zeitpunkt und das Ausmaß des Wirtschaftsaufschwungs im Euro-Währungsgebiet und weltweit genau zu bestimmen.

Was die jüngste Preisentwicklung angeht, so betrug die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI im September 2,1 %. Im Oktober lag die jährliche HVPI-Inflation laut der Vorausschätzung von Eurostat bei 2,2 %. Ausschlaggebend für diesen Preisauftrieb dürfte erneut die Energiepreisentwicklung gewesen sein, wengleich zurzeit noch keine genauen Angaben dazu vorliegen.

Bei der Preisentwicklung bis zum Jahresende 2002 und Anfang 2003 ist trotz des jüngsten Rückgangs der Ölpreise ein leichter Aufwärtsdruck möglich, der auf Basiseffekte und länderspezifische Faktoren, wie die Erhöhung von indirekten Steuern oder spezifische

Entwicklungen bei den Dienstleistungspreisen, zurückzuführen ist. Eine Prognose ist zwar insbesondere aufgrund der volatilen Ölpreise schwierig, doch können eine weitere Steigerung der Jahresteuerraten zur Jahreswende und eine Verzögerung ihrer Rückkehr unter die 2 %-Marke nicht ausgeschlossen werden. Dieser weitere Anstieg dürfte jedoch nur vorübergehender Natur sein.

Über die sehr kurze Frist hinaus sind wir der Ansicht, dass sowohl der Euro-Wechselkurs, der sich seit Anfang dieses Jahres gefestigt hat, als auch das gesamtwirtschaftliche Umfeld weiterhin für eine Verringerung des Inflationsdrucks sorgen. Darüber hinaus dürfte es auch zu einem weiteren Nachlassen der indirekten Effekte früherer Ölpreissteigerungen und sonstiger Faktoren kommen, die zum Beharren der Jahresteuerrate nach dem HVPI ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie beigetragen haben. Damit jedoch die Inflationsraten im Jahresverlauf 2003 unter 2 % sinken und auch in der Folgezeit mit Preisstabilität vereinbar bleiben, wovon die jüngsten Prognosen ausgehen, kommt es entscheidend darauf an, dass die Ölpreise nicht wieder stark anziehen und der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend bei den Arbeitskostenindikatoren gebrochen wird. Was Letzteres anbetrifft, so scheinen trotz des gedämpften Wirtschaftswachstums bemerkenswerte Beharrungstendenzen vorzuherrschen; aus diesem Grunde ist Wachsamkeit geboten.

Was die **Finanzpolitik** im Euro-Währungsgebiet betrifft, so möchte ich Sie ausdrücklich auf die Erklärung des EZB-Rats vom 24. Oktober zum Stabilitäts- und Wachstumspakt verweisen. Im EZB-Rat ist man sich einig, dass der im EU-Vertrag und Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Grundsatz der Haushaltsdisziplin für die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbar ist und dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt erfolgreich zur Förderung solider öffentlicher Haushalte und Konvergenz der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, aber auch zur Rückkehr zu Preisstabilität beigetragen hat. Darüber hinaus liegt der Pakt im Interesse der Mitgliedstaaten.

Ich möchte die Regierungen auch nochmals auffordern, die anstehenden **strukturellen Reformen** sowohl in Bezug auf die Staatsausgaben und -einnahmen als auch die Arbeits- und Gütermärkte entschlossen in Angriff zu nehmen. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um das Wachstum des Produktionspotenzials mittelfristig zu stärken. Zugleich würde die zügige Umsetzung struktureller Reformen dazu beitragen, das Vertrauen im Euroraum zu stärken, und damit auf kurze Sicht das Wirtschaftswachstum unterstützen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.